

Leben in Halle
Ergebnisse der Bürgerumfrage 1993 im Vergleich

Heinz Sahner
Der Hallesche Graureiher 94-1

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Institut für Soziologie
1994

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Forschungsberichte des Instituts für Soziologie

Emil-Abderhalden-Straße 7
D-06108 Halle (Saale)
Postanschrift: 06099 Halle (Saale)
Telefon: (0345) 3883-0
Telefax: (0345) 3883-130

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

ISSN 0945-7011

1. Der Wechsel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen	3
2. Die Stadt im Sozialismus	3
3. Das Beispiel Halle.....	5
4. Ergebnisse der Bürgerumfrage: Halle im Vergleich.....	7
4.1 Segregation: Bevölkerungsdichte, Alter, Haushaltsgröße und Schicht	7
4.2 Zur Diskrepanz zwischen öffentlich transportierten Vorurteilen und Wirklichkeit.....	12
4.3 Bedrohungen und Sorgen	15
4.4 Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche und Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen: Diskrepanzen und Übereinstimmungen .	16
4.5 Die Bürger und ihre Stadt.....	17
4.5.1 Verbundenheit der Hallenser mit ihrer Stadt.....	17
4.5.2 Das Image der Stadt bei ihren Bürgern	18
4.5.3 Wo soll man sparen, wo die Ausgaben erhöhen?	19
4.5.4 Vor- und Nachteile der einzelnen Stadtviertel in den Augen ihrer Bewohner	20
4.6 Die Wohnungssituation.....	21
4.6.1 Ein Ost-West-Vergleich.....	21
4.6.2 Halle im Vergleich	21
4.7 Migrationsabsichten	24
5. Voraussichtliche Entwicklungstendenzen	24
6. Ausblick: Nachvollzug westdeutscher Entwicklungen im Zeitraffer.....	25
Literatur.....	28

1. Der Wechsel gesellschaftlicher Rahmenbedingungen*

Die gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Rechtsverhältnisse, haben eine entscheidende Bedeutung für die Individuen. Gegen diese Einsicht wird kaum jemand etwas ernsthaft einwenden können - insofern sind wir alle Marxisten. Diese gesellschaftlichen Rahmenbedingungen schlagen sich nicht nur im Bewußtsein der Menschen nieder, sondern auch im materiellen Umfeld, selbstverständlich auch in den Städten einer Gesellschaft.

Vergleicht man alte und neue Bundesländer, wird das in der Wohnsituation und im Wohnumfeld schlagend deutlich. Die Situation war und ist nach allen vorliegenden Daten in der DDR bzw. in den östlichen Bundesländern weniger rosig als im Westen. Berücksichtigt man die geringeren Realeinkommen in der DDR (DIW 1984: 280ff), so kann auch die niedrigere Miete, die sogar letztlich für die Misere im Wohnungs- und Städtebau mit verantwortlich war, nicht über die schlechtere materielle Wohnsituation hinwegtrösten - ganz zu schweigen von der allgemein beklagten Trostlosigkeit mancher Städte und Stadtviertel, in der man auch eine der Ursachen für die Flucht in die Datsche sehen kann.

Nun, diese gesellschaftlichen Randbedingungen haben sich in Ostdeutschland schlagartig geändert. Entsprechend dramatische Veränderungen der Städte sind zu beobachten. Der Entwicklungsprozeß der westdeutschen Städte, der sich über Jahrzehnte hingezogen hat, wird sich - wenn die Randbedingungen so bleiben - im Zeitraffertempo in den neuen Bundesländern weitgehend wiederholen. Man kann nur hoffen, daß einige Fehlentwicklungen übersprungen werden. Warum soll man aus den Erfahrungen nicht lernen können? Allerdings verläuft diese Anpassung so rapide, daß man seine Zweifel haben muß. Ökonomische Zwänge - u. a. Arbeitslosigkeit! - müssen immer wieder als Entschuldigungsgrund herhalten.

2. Die Stadt im Sozialismus

Um die Befunde der Bürgerumfrage angemessen einordnen zu können, muß etwas über die Stadt im Sozialismus im allgemeinen und Halle im besonderen gesagt werden.

* Vortrag, den der Verfasser im Rahmen der Ringvorlesung "Umbruch in Ostdeutschland" am 27.10.1993 an der Martin-Luther-Universität in Halle gehalten hat.

Was waren die entscheidenden Rahmenbedingungen für den Aufbau und Ausbau der sozialistischen Stadt in der Nachkriegszeit, und welchen Leitlinien folgte der sozialistische Städtebau? Diesen Fragen nachzugehen ist auch nicht unwichtig, wenn es darum geht, die heutige, aber auch die zukünftige Situation angemessen einschätzen zu können.

Neben den sechzehn Grundsätzen des Städtebaus¹, die von der Regierung der DDR schon am 27. Juli 1950 beschlossen wurden (Bolz 1951: 87-90; Schätzke 1991: 122ff), spielen vor allem der Zentralismus und das Bodenrecht eine entscheidende Rolle. In der Verfassung der DDR heißt es da (Richter 1974: 183):

Artikel 9 (3) Die Volkswirtschaft der DDR ist sozialistische Planwirtschaft.

Artikel 78 (2) Der Ministerrat arbeitet wissenschaftlich begründete Prognosen aus, organisiert die Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus und leitet die planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft.

Zu dieser zentralen Planung des ökonomischen Systems und der Entwicklung der Volkswirtschaft gehört auch der Städtebau. Er ist ausschließlich Aufgabe staatlicher Organe. Noch entscheidender ist das sozialistische Eigentum und damit auch die Bodenordnung:

Artikel 9 (1) Die Volkswirtschaft der DDR beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln.

Artikel 16 Enteignungen sind für gemeinnützige Zwecke auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung zulässig²

Um diese Rahmenbedingungen im Städtebau umzusetzen, stand der Regierung die Deutsche Bauakademie (ab 1972 Bauakademie der DDR) zur Seite. Ihr oblag als Staatsorgan die Betreuung und die Kontrolle zentraler Städte-

1 Die zum größten Teil äußerst vernünftige Forderungen enthalten z. B. die 7., nach der bei Städten, die an einem Fluß liegen, eine der Hauptadern und die architektonische Achse der Fluß mit seinen Uferstraßen sei. Kommt man nach Halle, dann fällt einem rasch auf, daß die Stadt sich vollkommen vom Fluß abwendet. Nirgendwo gibt es im Innenstadtbereich einen Platz, ein ansprechendes Ambiente, von dem aus man den Fluß genießen kann. Nun mag das angesichts der bis in die jüngste Vergangenheit reichenden Verschmutzung des Flusses (Gestank, Schaum) auch nicht erstrebenswert gewesen sein. Dies sollte sich nun aber ändern. Es steht aber zu befürchten, daß die nun sich bietenden Chancen an der Pfälzer Str. und an der Spitze (aufgrund der Eigentumsverhältnisse?) nicht angemessen genutzt werden.

2 Wie übrigens auch nach dem Grundgesetz: Artikel 14 und 15

bauvorhaben (Topfstedt 1988: Anm. 5), aber auch die Bestimmung der städtebaulichen Leitbilder.

Die dominanten Leitlinien könnte man nach Richter (1974: 183ff) wie folgt charakterisieren:

1. Leitlinie: Kahlschlag und Neubau von Wohnquartieren.
2. Leitlinie: Neugestaltung der Altstadtkerne und der alten Wohnquartiere.
3. Leitlinie: Mischung der Funktionen in den Stadtzentren.
4. Leitlinie: Das Zentrum als Stadtraum für gesellschaftliche Zwecke.

Die zitierten Verfassungsartikel, die Leitlinien zum sozialistischen Städtebau und einige weitere Randbedingungen³, wie z.B. das Einfrieren der Mieten auf den Stand von 1944 (Seger-Wastl-Walter 1991: 573) erklären ziemlich gut den Zustand der Städte zur Wendezeit: Verfall der älteren Bausubstanz aufgrund des Mietenstops und des Baustoffmangels. Für den Privateigentümer war die Diskrepanz zwischen den niedrigen Mieten und den Reparaturkosten nicht aufzuheben. Für den Staat, der bis 1990 das Wohnungsproblem lösen wollte⁴, waren Flächensanierung und der Neubau von Trabantenstädten im Zuge des industriellen Wohnungsbaus ebenfalls kostengünstiger. So stehen sich in vielen Städten in den neuen Bundesländern alte verfallende und neue (häufig auch verfallende) Bausubstanz gegenüber. Halle ist hier - trotz mancher Eigenheiten - ein gutes Demonstrationsobjekt.

3. Das Beispiel Halle: Der ausgeprägte Dualismus von alt und neu

Eine Eigenheit von Halle liegt nun darin, daß diese Stadt im Krieg kaum beschädigt worden ist. In keiner anderen Großstadt der neuen Bundesländer ist die Bausubstanz der Vorkriegszeit (vorwiegend der Wilhelminischen Zeit entstammend) nahezu flächendeckend erhalten geblieben. Für die Realisierung der Leitlinie 1 lag eigentlich kaum Bedarf vor. Wo sie dennoch praktiziert wurde, zeitigte sie die bekannten negativen Ergebnisse, so am Riebeckplatz (zur DDR-Zeit Ernst-Thälmann-Platz). Der Bombenkrieg hatte hier eine Bresche geschlagen, die in eine überdimensionierte Verkehrsanlage verwandelt wurde: häßlich, entvölkert und gefährlich. Mit dem Fahrrad kann man den

3 Vgl. zu Ursachen und Randbedingungen des Stadtverfalls beispielsweise Richter 1974: 186; Seger und Wastl-Walter 1991: 573.

4 Auf der 10. Tagung des ZK der SED wurde 1973 der Beschluß gefaßt, das Wohnungsproblem bis 1990 zu lösen. von 1976 bis 1990 sollten 3 Millionen Wohnungen gebaut werden, ein Vorhaben, das für die Neugestaltung der Altstadtkerne und der alten Wohnquartiere kaum noch Ressourcen ließ. Auch hier hieß dann häufig die Alternative: Flächensanierung.

Bahnhof nur unter Lebensgefahr oder nur unter Verletzung der Verkehrsregeln erreichen. Zusammen mit den umgebenden Repräsentativbauten ist der Riebeckplatz eine Manifestation des sozialistischen Städtebaus, die dem Stadtzentrum, wie es noch 1988 bei Topfstedt heißt (S.116), "nach Osten hin eine markante Silhouette gibt und sich in ihrem Mittelteil einladend zum 1974/75 angelegten Fußgängerbereich der Klement-Gottwald-Straße (nun wieder Leipziger Str.) öffnet".

Um dem 6. Grundsatz des Städtebaus zu genügen⁵, nämlich im Zentrum der Stadt einen ausreichend großen Platz für die politischen Demonstrationen und die Aufmärsche zu haben, wurde der Marktplatz durch Abriß des durchaus renovierbaren alten Rathauses, das im Krieg beschädigt worden war, vergrößert.

Ansonsten verfielen die Kerne der Altstadt und die Gründerzeitviertel aus den genannten Ursachen. Punktuell wurde etwa seit Anfang der siebziger Jahre flächensaniert.

Das Beispiel Halle ist auch deshalb interessant, weil hier eine gewachsene Stadtstruktur einer Modellstadt sozialistischer Prägung, einem Produkt des technisch-industriellen Fortschritts, gegenübersteht - in der Form von Halle-Neustadt.

Dem Betrachter bietet sich also folgendes Bild: Einerseits die Manifestation einer sozialistischen Stadt, andererseits wie in einer experimentellen Versuchsanordnung eine über lange Zeiträume gewachsene Stadt.

So wie in der Altstadt und in den Vorstädten sich anhand der Straßenführung die Entwicklung der Stadt ablesen läßt, so lassen sich auch anhand des Grundrisses von Halle Neustadt, obwohl innerhalb einer vergleichsweise engen Zeitperiode entstanden, die unterschiedlichen Bauausführungskonzepte ablesen. So bereitet es keine Schwierigkeiten, innerhalb des Wohnkomplexes 1 (WK 1) sich noch die Kranstraßenführungen hinzuzudenken, die ein industrielles und möglichst kostengünstiges Bauen ermöglichen sollten. Von dieser Art der Bauausführung wendete man sich später ab, was sich an der völlig anderen Gruppierung später erbauter Wohnkomplexe ablesen läßt.

⁵ Das Zentrum bildet den bestimmenden Kern der Stadt. Das Zentrum der Stadt ist der politische Mittelpunkt für das Leben seiner Bevölkerung. Im Zentrum der Stadt liegen die wichtigsten politischen administrativen und kulturellen Stätten. Auf den Plätzen im Stadtzentrum finden die politischen Demonstrationen, die Aufmärsche und die Volksfeiern an Festtagen statt... (nach Topfstedt 1988: 123).

Dieser Stadt aus der Retorte steht eine traditionelle Stadt gegenüber, die alle Merkmale einer über Jahrhunderte gewachsenen Metropole aufweist. Gleich einer Zwiebel lagern sich um einen Kern die Jahrbundertringe:

- die durch eine Ringstraße begrenzte Altstadt mit kleinräumiger Straßenführung
- alte Industrieviertel im Osten mit dem Bahnhof und den angrenzenden Arbeitervierteln
- Ausweitung der Industrie nach Süden der Eisenbahn folgend
- auch hier angrenzende Wohnviertel der Arbeiter
- nach Norden, jenseits der Ringstraße die Erweiterungen der Stadt und die Wohnviertel der ökonomisch besser gestellten Schichten
- exceptionell das Paulusviertel: Mittel- und Oberschicht
- desgleichen jenseits der Ausfallstr. nach Norden das "Bäderviertel"
- Kröllwitz als Exklave und "Westend": auch in DDR-Zeiten, Wohnplatz der Privilegierten

Nach Schichtkriterien zeigt sich in der vorsozialistischen Stadt also eine Nord-Süd-Achse. Dieses soziale Gefälle hat sich in den vierzig Jahren DDR abgebaut. Ob sich noch Spuren finden, werden wir sehen. Für den empirischen Teil stehen uns Daten aus der Bürgerumfrage zur Verfügung.

4. Ergebnisse der Bürgerumfrage: Halle im Vergleich⁶

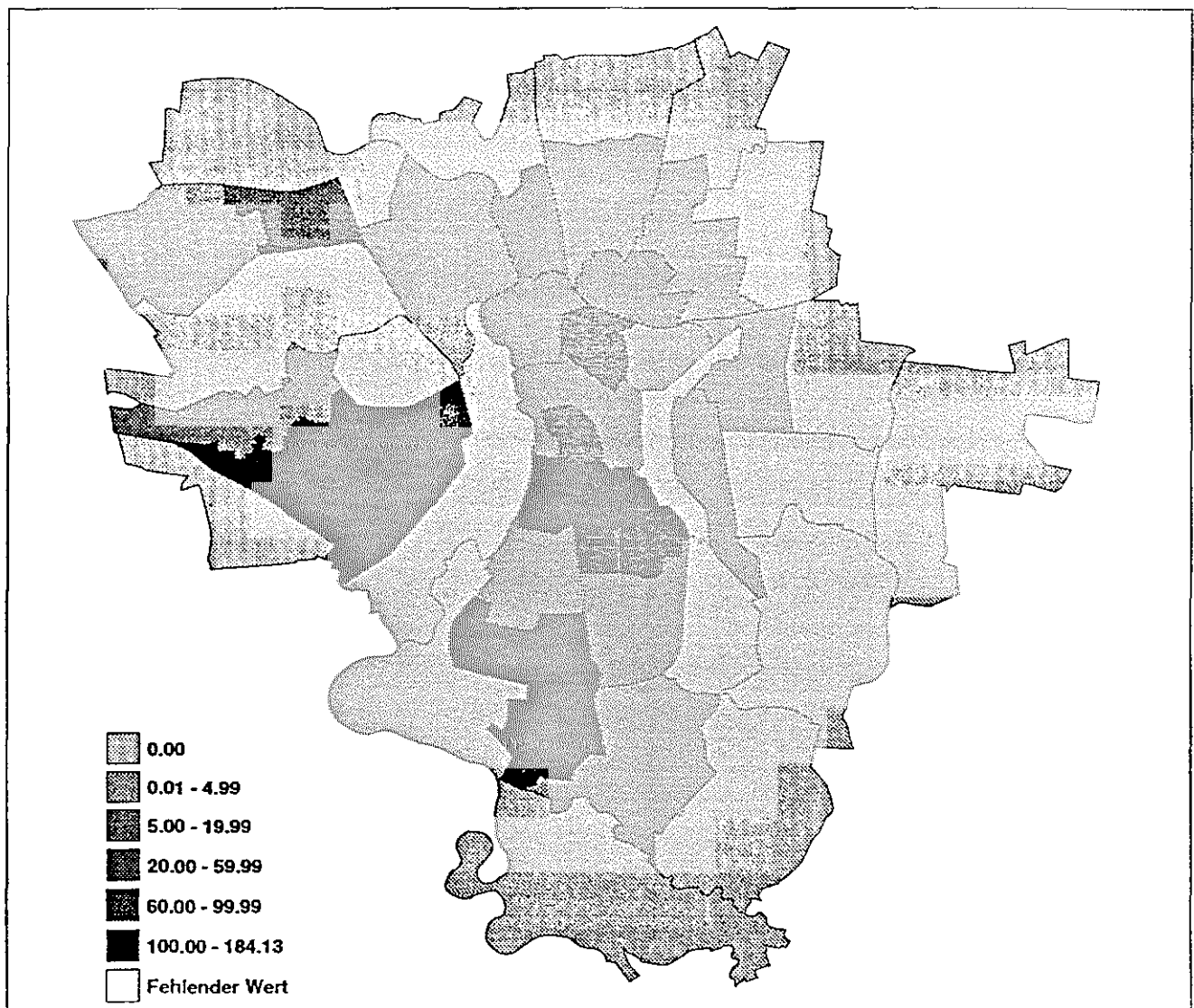
4.1 Segregation: Bevölkerungsdichte, Alter, Haushaltsgröße und Schicht

Um unser Wissen über die Stadt anzureichern und um die Befunde angemessen interpretieren zu können, ist die Beachtung der Segregation der Bevölkerung, also das Ausmaß der disproportionalen Verteilung der Bevölkerung im Raum hinsichtlich verschiedener Merkmale, sinnvoll.

⁶ Das Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat in Zusammenarbeit mit der Stadt und in ihrem Auftrag eine postalische Befragung der Hallenser Bürger zu wichtigen Themen (z. B. Wohnen und Wohnumfeld, Arbeit und Berufsausbildung, räumliche Mobilität, Gefühlslagen, Bedrohungen, Sorgen etc.) durchgeführt. Die Ergebnisse sollen verschiedenen Dezernaten der Stadtverwaltung als Planungsgrundlage dienen. Beginnend am 1. Februar 1993 wurde an 6.094 zufällig ausgewählte Hallenser Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 17 und 75 Jahren ein umfassender Fragebogen versandt (Zufallstichprobe aus Einwohnermeldedaten). Bis zum 1. März sind insgesamt 3.245 Fragebögen zurückgeschickt worden. Dies entspricht einem (auf den Nettoauswahlsatz bezogenen) Rücklauf von 54,4% - eine für schriftliche Befragungen sehr zufriedenstellende Quote (nähere Angaben vgl. Mnich 1993).

Einwohnerdichte (Einwohner/ha): Bezüglich der Verteilung der Einwohnerdichte gibt es Bekanntes, aber auch Eigenheiten. Tendenziell nimmt die Bevölkerungsdichte nach außen ab. Aber auch im Zentrum gibt es extrem dünn besiedelte Flächen. Typisch sind hier die Saaleauen, die grünen Lungen der Stadt, deren Bedeutung nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Die Gebiete mit der höchsten Verdichtung sind - sieht man von der südlichen Innenstadt und der Südstadt ab - die Neubaugebiete Silberhöhe und Halle-Neustadt. Trotzdem gibt es zwischen beiden Gebieten fundamentale Unterschiede, die sich mit solchen Maßzahlen allein nicht einfangen lassen. So bietet die Silberhöhe im Vergleich zu Halle-Neustadt ein Bild der Enge, die nur zum Teil auf die höhere Einwohnerdichte (die 1,5-fache von Halle Neustadt) zurückzuführen ist. Ein Beispiel dafür, was städtebaulich möglich ist (Abb. 4.1: 1).

Abbildung 4.1:1 Einwohnerdichte in Halle 1993 (Einw./ha)⁷



⁷ Der Autor dankt dem Stadtvermessungsamt der Stadt Halle (Saale) für die freundliche Überlassung der Grundkoordinaten der Stadtviertel, die die Erstellung der Abbildungen 4.1:1 bis 4.1:4 ermöglichten.

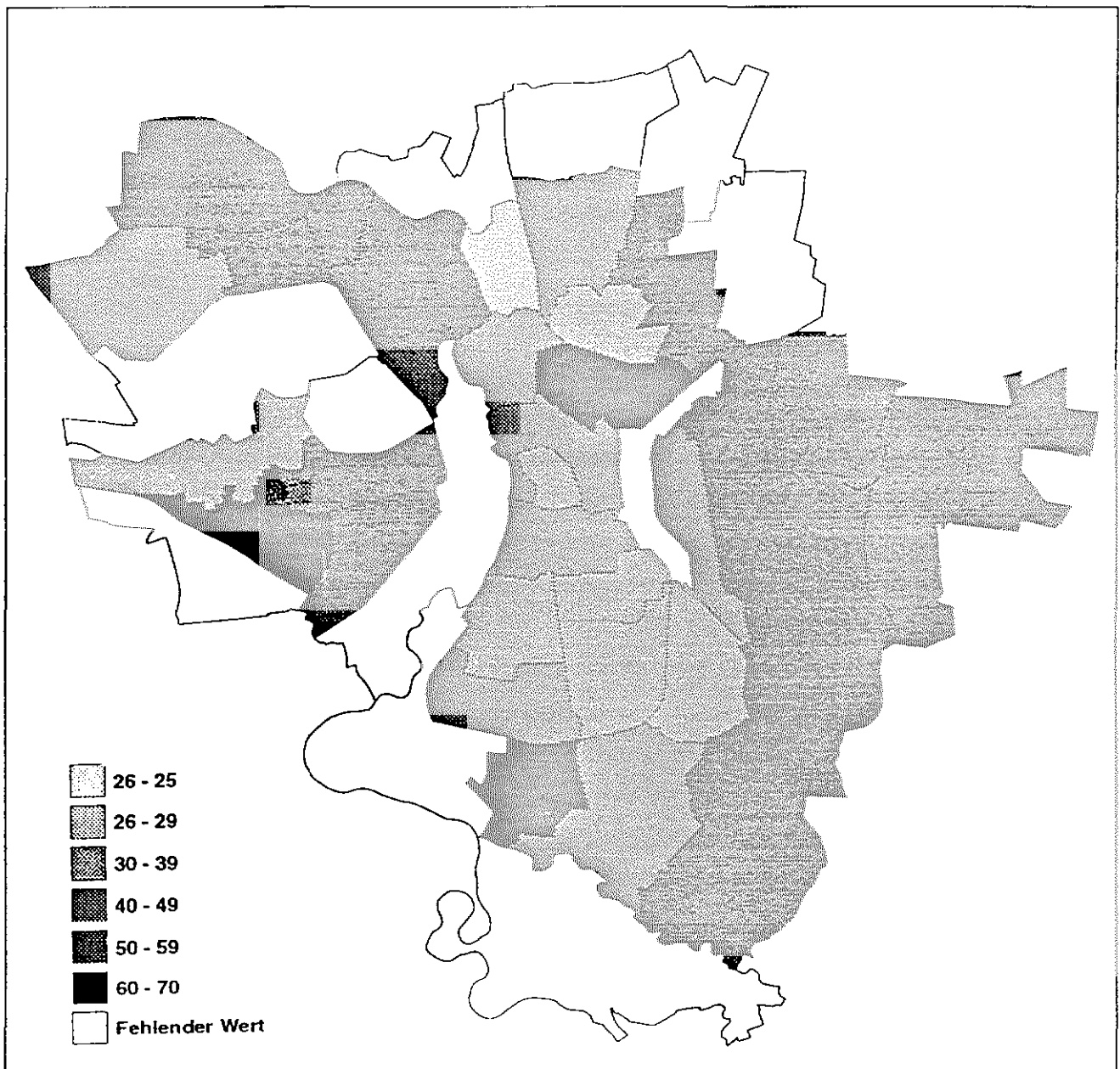
Alterssegregation (Anteil der Bürger, die 60 Jahre und älter sind): Eine junge Bevölkerung haben die neubauten Stadtteile: Heide-Nord, Halle-Neustadt und Silberhöhe. Der Anteil der über 60-jährigen liegt hier bei etwa 10%. Nur in Heide-Nord liegt er bei 14%. Dies mag daran liegen, daß hier im Vergleich zu den anderen beiden Stadtteilen noch im Bereich Blumenau Einfamilienhäuser liegen. Die Viertel mit vergleichsweise hohen Anteilen der über 60-jährigen Bürger verteilen sich unregelmäßig über die Stadt. Bebauungsalter und Einfamilienhäuser sind hier die erklärenden Faktoren (Abb. 4.1: 2).

Abbildung 4.1:2 Alterssegregation in Halle 1993 (Anteil der 60 bis 75-jährigen in %)



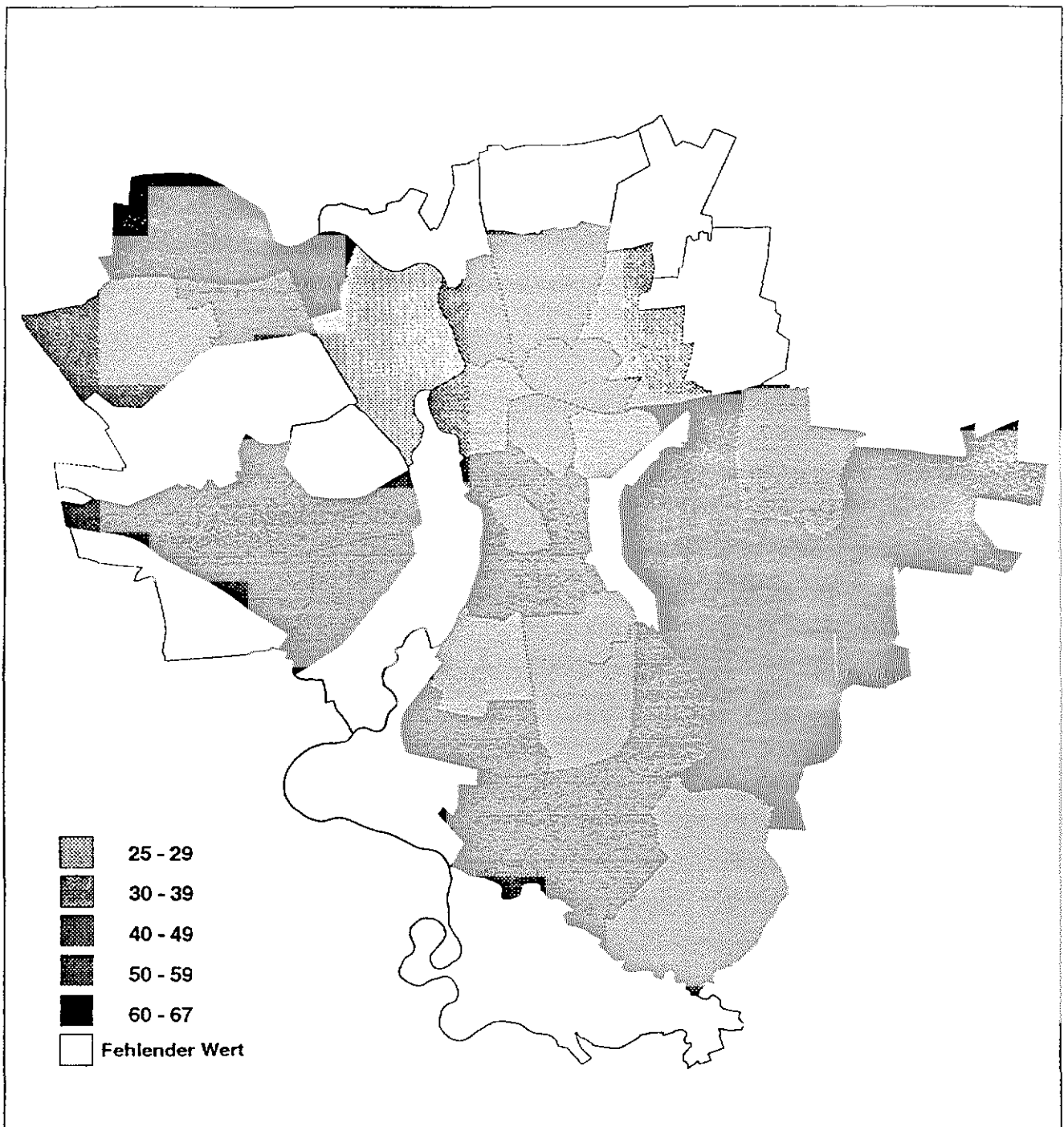
Haushaltsgröße (Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen): Den höchsten Anteil hat die Silberhöhe, gefolgt vom Paulusviertel und der westlichen Neustadt. Diese Variable Haushaltsgröße variiert selbstverständlich mit dem Merkmal Alter. In der Altstadt, im Bezirk Süd, in Nietleben und in Trotha findet man die meisten Ein- und Zwei-Personenhaushalte. Als Erklärung dürfte hier ein Bündel von Variablen heranzuziehen sein. Ein wichtiger Faktor bleibt das Alter. Familien mit Kindern strebten in die Neubauwohnungen (Silberhöhe, Halle-Neustadt oder in die großen Wohnungen im Paulusviertel). Je nach Wohnkomfort fielen dadurch Stadtteile unter den Durchschnitt (z.B. Alt- und Südstadt) (Abb. 4.1: 3)

Abbildung 4.1:3 Haushaltsgrößen in Halle 1993
(Anteil der Drei- und Mehrpersonen-Haushalte in %)



Soziale Schicht (Anteil der Arbeiter): Hier dokumentiert sich noch eine klassische Verteilung. Im Osten der Stadt massieren sich die Arbeiter. Ein Gegengewicht bildet die neu geschaffene Trabantenstadt Halle-Neustadt. Klassisch auch das "Westend" der Stadt Halle: Kröllwitz. Sieht man von Lettin und der Neugründung Halle-Neustadt ab, dann schimmert auch heute noch - nach über vierzig Jahren Sozialismus - die Vorkriegsverteilung durch, eine Massierung der Arbeiter im Osten und Süden der Stadt (Abb. 4.1: 4).

Abbildung 4.1:4 Soziale Schichtung in Halle 1993 (Arbeiteranteil in %)



4.2 Zur Diskrepanz zwischen öffentlich transportierten Vorurteilen und Wirklichkeit

Ein Vorurteil gegenüber der Umfrageforschung besteht darin, daß sie das erbringt, was man ohnehin schon weiß - nur ein bißchen genauer. Dies ist nicht immer der Fall. Auch unsere Erhebung erbrachte einige überraschende - von uns so nicht erwartete - Ergebnisse. Das zeigt, daß wir selbst Opfer gewisser, vor allem durch die Medien transportierter, Vorurteile geworden sind. Wir wissen alle, daß der abweichende Fall eher Aufmerksamkeit findet als der durchschnittliche: Mann beißt Hund. So kommt es rasch zu einer Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und dem, was öffentlich diffundiert

Wir waren überrascht darüber, wie positiv die Hallenser ihre Lebenssituation einschätzten. Dabei gibt es doch zum Beispiel im Vergleich zu den alten Bundesländern nicht viel zu lachen. Die Arbeitslosigkeit ist mit 13,8%⁸ in den neuen mehr als doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern (5,8%, SZ vom 8. Oktober 1993). Weiter ist die Wohnsituation vergleichsweise bescheiden. Die objektiven, materiellen Lebensbedingungen (man denke z. B. auch an die Umweltbelastung) sind im Osten also wesentlich schlechter

Offenbar sind die Bürger selbst Opfer der in der Öffentlichkeit vorherrschenden defätistischen Stimmung, denn während mehr als 70% die wirtschaftliche Lage in den ostdeutschen Bundesländern als eher schlecht kennzeichnen und noch zwei Drittel der Bürger dies auch für Halle behaupten, schätzen nur 19% der Befragten ihre eigene Situation als eher schlecht ein. Generell gilt, je näher man mit der Frage auf den unmittelbaren Lebenskontext zielt, um so positiver ist die Einschätzung. Oder anders formuliert: Die Zeiten sind schwer und schlecht, aber ich habe Glück gehabt. Mir persönlich geht es eher gut (Tab. 4.2:1).

Die Grundhaltung bleibt optimistisch. Von den Befragten wird eine positive wirtschaftliche Entwicklung erwartet. Aber auch hier vermutet man, daß man selbst wieder vergleichsweise auf der Gewinnerseite stehen wird: Die eigene persönliche wirtschaftliche Lage wird im Vergleich zur Entwicklung in Stadt und Land im Schnitt günstiger gesehen (Tab. 4.2:2).

⁸ Die Arbeitslosigkeit liegt übrigens gegenüber weitverbreiteter Annahme im Arbeitsamtsbezirk Halle (13,7%) unter dem Durchschnitt (17,6%) aller Arbeitsamtsbezirke (insgesamt 35) der neuen Bundesländer. Sie wird nur noch von den Arbeitsamtsbezirken Potsdam (12,0), Dresden (11,6%), Leipzig (13,6%) und Berlin-Ost (13,2) unterschritten (IAB-Werkstattbericht, Nr.1, 10/15.10.1993).

Wenn ich an Sie die Frage richten würde, was glauben Sie, wie zufrieden sind die Hallenser mit ihrer Wohnung, dann käme auch ein vergleichsweise pessimistischeres Ergebnis heraus als bei unserer auf Repräsentativität hin angelegten Untersuchung. Lediglich 7,4% sind mit ihrer Wohnsituation überhaupt nicht zufrieden und 15,8% sind eher unzufrieden (Tab. 4.2:3). Dieses Ergebnis widerspricht offenbar unserer Primärerfahrung.

Tabelle: 4.2:1

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Situation?

Benutzen Sie bitte eine Skala mit Werten von 1 bis 5. 1 bedeutet "sehr schlecht", 5 bedeutet "sehr gut"

	sehr schlecht				sehr gut	
- in den ostdeutschen Bundesländern	30.4	40.9	26.2	2.1	0.4	
- in der Stadt Halle	25.5	40.6	30.2	3.1	0.7	
- Ihre persönliche Lage	4.8	14.2	54.0	24.3	2.8	
N=3.125/N=3.120/N=3.149						

Tabelle: 4.2:2

Und wie wird die wirtschaftliche Lage in etwa fünf Jahren sein?

	sehr schlecht				sehr gut	
- in den ostdeutschen Bundesländern	5.9	18.5	50.7	22.2	2.7	
- in der Stadt Halle	6.5	18.4	48.5	23.4	3.2	
- Ihre persönliche Lage	2.8	13.8	43.2	35.2	5.1	
N=3.088/N=3.073/N=3.016						

Tabelle: 4.2:3

Und wie zufrieden sind Sie mit Ihrer Wohnung?

	überhaupt nicht zufrieden			sehr zufrieden	
Insgesamt	7.4	15.8	53.4	19.3	4.1
N=2.826					

Wir haben die gleichen Fragen, die den Tabellen 4.2:1 und 3 zugrunde liegen, Studenten der Martin-Luther-Universität zur Beantwortung vorgelegt. Die Antworten darauf entsprachen dann allerdings eher unseren Erwartungen. In den Augen der Studenten schätzen die Hallenser zu 70% (!) ihre persönliche Situation eher schlecht ein. Ein gravierender Unterschied zu den 19% unserer Befragten. Und statt der 23%, wie sich aus unserer Befragung ergibt, sind nach Meinung der Studenten 60% mit ihrer Wohnung unzufrieden

Man kann aus all dem nur den Schluß ziehen, daß der öffentlich propagierte Mißmut keine Entsprechung in der Bevölkerung hat.

Ein Ost-West-Vergleich⁹ zu den gleichen Fragen entlarvt zudem das Stereotyp vom Jammer-Ossi als Vorurteil. Die Einschätzung der gegenwärtigen wirt-

⁹ Ich stütze mich hier (und immer dann, wenn ich mich im folgenden auf einen Ost-West-Vergleich stütze) auf Daten, die vom Bundesinstitut für Landeskunde und Raumordnung (BFLR) 1992 erhoben wurden. Herrn F. Böttken danke ich für die Auswertung. Verglichen werden in dieser Auswertung nicht die Befragten insgesamt, sondern nur die nach dem Regionstyp 1, nämlich sogenannte Kernstädte, nämlich kreisfreie Städte mit über 100.000 Einwohnern. Dadurch ist ein Vergleich mit den Ergebnissen unserer Bürgerumfrage in Halle möglich.

schaftlichen Situation (Abb. 4.2:1 und 2), der Vergleich der eigenen wirtschaftlichen Lage mit der von vor einem Jahr und die erwarteten Veränderungen in der Zukunft (Abb. 4.2: 3) korrelieren zwischen Ost und West in einem außerordentlich hohen Maße.

Abbildung 4.2:1 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige wirtschaftliche Situation? Einschätzung der persönlichen Lage auf einer 5-Punkte-Skala

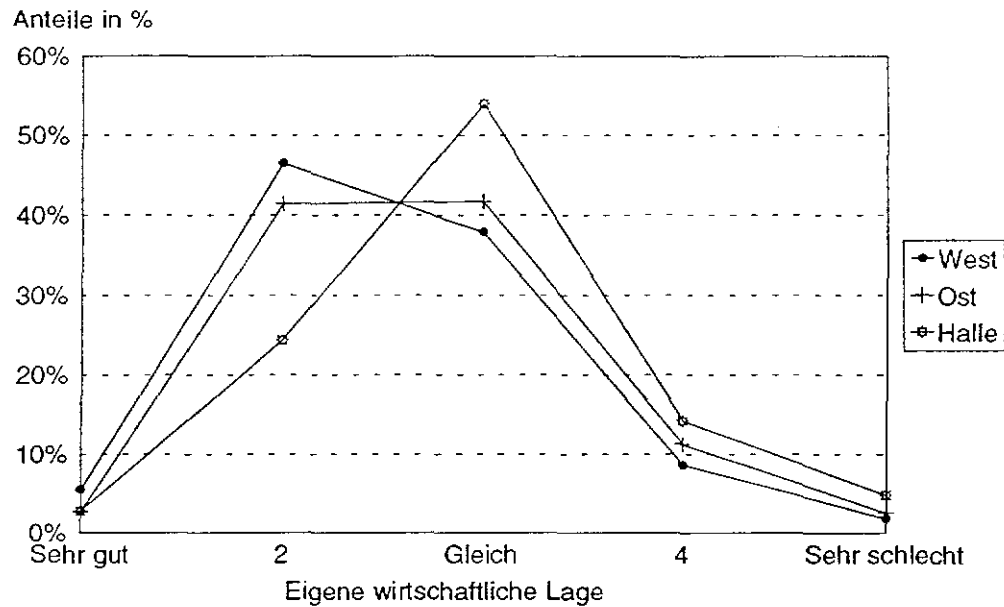


Abbildung 4.2:2 Vergleich der eigenen wirtschaftlichen Lage heute vs. vor 1 Jahr

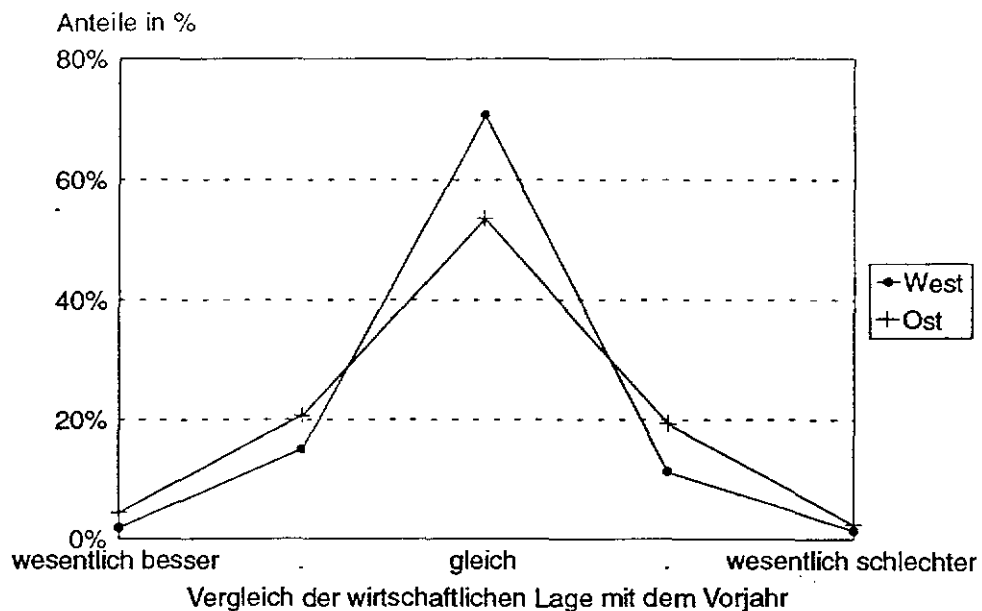
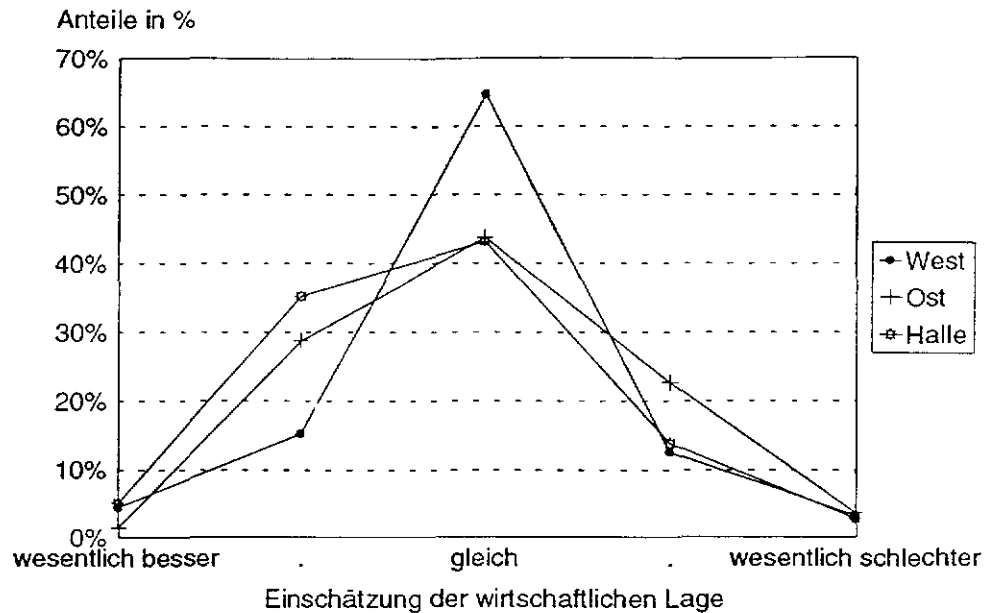


Abbildung 4.2:3 Erwartete Veränderung der wirtschaftlichen Lage im Folgejahr



Wenn auch der Wessi seine Situation begründet als besser einschätzt als der Ossi, so entsprechen nach unserem Empfinden die geringen Differenzen in der Einschätzung nicht den gravierenden tatsächlichen Unterschieden in der materiellen Ausstattung. Das subjektive Wohlbefinden ist nur lose an das absolute materielle Niveau gebunden.

4.3 Bedrohungen und Sorgen

Nicht weniger überraschend sind die Antworten, die wir auf die Frage "Was macht Ihnen Sorge? Wodurch fühlen Sie sich bedroht?" bekommen haben. Hier dominiert eben nicht die Angst vor Arbeitslosigkeit oder möglichem Wohnungsverlust. Die Sorgenliste wird auch nicht von Befürchtungen vor materiellen Verlusten angeführt. Die größten Sorgen machen vielmehr die Gewaltkriminalität und der Rechtsradikalismus. Erst dann spielt ein materieller Gesichtspunkt eine Rolle, nämlich die zunehmende Verteuerung. Die Angst vor Arbeitslosigkeit rangiert erst unter ferner liefen (wie übrigens auch das Ausländerproblem), und die Sorge, die Wohnung zu verlieren, rangiert gar an letzter Stelle.

Dies sind also alles andere als schon bekannte Ergebnisse. Auch hier gibt es eine Diskrepanz zwischen dem, was öffentlich vermutet wird, und dem, was tatsächlich ist. Übrigens hat unsere kleine Studentenforschung just das zu erwartende Ergebnis gebracht. Die Frage, was glauben Sie, was den Hal-

lensern Sorge macht und wodurch sie sich bedroht fühlen, erbrachte genau das sicher auch von Ihnen erwartete Ergebnis, daß in diesem Sorgenbarometer Arbeitslosigkeit und Wohnungsverlust dominieren.

4.4 Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche und Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen: Diskrepanzen und Übereinstimmungen

Die um sich greifende Kriminalität wird von den Bürgern mit Sorgen verfolgt. Hier werden auch die größten Defizite empfunden. Bei einer Gegenüberstellung der Rangplätze von Lebensbereichen nach Wichtigkeit und Zufriedenheit mit der Realisierung dieser Wünsche nimmt denn auch der Schutz vor Kriminalität den obersten Rangplatz in der Wichtigkeit ein. Und die Diskrepanz ist hier am größten: Die Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität nimmt den letzten Rangplatz ein. Die Abbildung 4.4: 1 erlaubt leicht festzustellen, wo die Diskrepanzen groß sind, wo Zufriedenheit und Wichtigkeit sich die Waage halten und wo die Zufriedenheit mit einem Angebot die Wichtigkeit übersteigt. Das schließt freilich nicht aus, daß selbst bei positiver Bilanz, wie z. B. bei der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, der Wunsch nach einer noch besseren Versorgung tatsächlich besteht. Denn die Fragestellung gibt nur Antworten auf Hierarchien. Die Ergebnisse sagen nichts über das Niveau aus.

Die Versorgung mit Wohnungen bleibt auch nach diesen Befunden wichtig. Daß das, was man für wichtig hält, häufig defizitär ist, ist nachvollziehbar. Wäre eine ausreichende Ausstattung mit preiswertem und gutem Wohnraum eine Selbstverständlichkeit, würde die Versorgung mit Wohnungen nicht solche Bedeutung haben. Daß die Bürger gerade mit den Bereichen, die sie für besonders wichtig halten, am unzufriedensten sind, ist deshalb nicht überraschend. Dieser Sachverhalt ist aber nicht notwendig, wie man am Beispiel "Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern" sehen kann. Was die Wichtigkeit betrifft, so liegt dieses Item an dritter Stelle. Die Zufriedenheit mit diesem Bereich nimmt aber sogar den Rangplatz zwei ein.

4.5 Die Bürger und ihre Stadt

4.5.1 Verbundenheit der Hallenser mit ihrer Stadt

Wenn sich auch die Ergebnisse unserer Bürgerumfrage von denen anderer ostdeutscher Städte meist nur wenig unterscheiden, so gibt es doch zumindest zwei Bereiche, in denen es gravierende Unterschiede gibt. Der eine ist die Identifikation mit der Stadt⁹. Bisher liegen uns keine Ergebnisse anderer Bürgerumfragen vor, nach denen die Verbundenheit der Befragten mit ihrer Stadt geringer ist als das in Halle der Fall ist. Lediglich 46,6% der Befragten fühlen sich sehr mit Halle verbunden. Für die Nachbarstadt Leipzig sind dies immerhin 75%. Die Vergleichszahlen für Städte der alten Bundesländer liegen noch wesentlich höher. Dies ist natürlich bedauerlich, weil mit der Verbundenheit auch die Bereitschaft variiert, sich für die Belange der Stadt einzusetzen. 2 von 3 Hallensern, die sich stark mit der Stadt verbunden fühlen haben demnach auch starkes oder sehr starkes Interesse an der kommunalen Politik. Bei denen, die etwas verbunden fühlen sinkt dieser Anteil auf 48% und bei denen, die sich überhaupt nicht mit der Stadt identifizieren sind es nur noch 33%.

Über die Ursachen kann man nur spekulieren. Ein Faktor in diesem Zusammenhang ist Halle-Neustadt. Nahezu ein Drittel der Bewohner Halles lebt in Halle - Neustadt. Ein großer Anteil der Einwohner dieses Stadtteils stammt weder aus Halle selbst noch aus der näheren Umgebung. Halle-Neustadt war als Chemiarbeiterstadt konzipiert worden und rekrutierte seine neuen Bewohner überregional. Zudem sollte es sich ursprünglich um eine eigenständige Gemeinde handeln. Erst nach der Wende wurde Halle-Neustadt auch formal - enge Verwaltungsbeziehungen bestanden schon immer - eingemeindet. Dies alles sind keine günstigen Voraussetzungen für eine hohe Identifikation mit der Stadt. Tatsächlich ist die Identifikation mit der Stadt in Halle-Neustadt auch am geringsten (35%). Aber auch ohne Halle-Neustadt kann die Identifikation nicht Größenordnungen erreichen, wie sie in anderen Städten üblich sind. Man wird also noch nach anderen Faktoren suchen müssen. Folgende Erklärung erscheint zumindest plausibel: Die wahrgenommene - äußerst negative (übrigens ungerechtfertigte, vgl. Sahner 1994) Fremdeinschätzung der Stadt wird internalisiert und bekommt Handlungskonsequenz, getreu dem Thomas-Theorem: If men define situations as real, they are real in

¹⁰ Der andere Unterschied liegt in der geringeren Wohnzufriedenheit in Halle im Vergleich zum Beispiel zu Leipzig - bei objektiv besserer Ausstattung in Halle.

their consequences. Nicht wenige kehren so der Stadt den Rücken unter der Verkenning der Tatsachen.

Generell gilt, daß die Identifikation mit der eigenen Stadt im Westen größer ist als im Osten. Während im Westen 75% mit ihrer Stadt eher zufrieden sind, sind es im Osten lediglich 59% (vgl Fußnote 9). Wenn auch das subjektive Wohlbefinden nicht fest mit dem materiellen Niveau variiert, so dürften für die Unterschiede doch die wesentlich schlechteren Lebensbedingungen im Osten (Wohnen, Umweltbelastungen, Verkehrssituation) hier zu Buche schlagen.

4.5.2 Das Image der Stadt bei ihren Bürgern

Welches Bild der Stadt haben die Bürger in ihren Köpfen? Was sind die besonderen Eigenschaften? Von den Vorgaben haben sich die meisten Befragten für folgende Eigenschaft entschieden: Halle ist eine bedeutende Hochschul- und Universitätsstadt (Abb. 4.5.2: 1). Das freut natürlich ein Mitglied dieser Institution. Aber auch die Vertreter der Wirtschaft und die der Künste können zufrieden sein. Es ergibt sich also ein Dreiklang aus "Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur". Dagegen kann man sich nicht mit der Behauptung anfreunden, daß Halle eine Stadt mit zunehmend besserer Umwelt ist. Diese Einschätzung teilen die Hallenser mit den Bürgern der Stadt Leipzig. Auch dort steht diese Eigenschaft an letzter Stelle (Stadt Leipzig 1992).

Eine Liste allgemeiner Eigenschaften (Abb. 4.5.2: 2) zeigt, zusammen mit den Befunden der vorhergehenden Abbildung, ein typisches Defizit auf. Das Item "gepflegt" liegt an letzter Stelle. Umweltprobleme und Schmutz dürften ein weiterer Faktor sein, der es den Bürgern schwer macht, sich mit ihrer Stadt zu identifizieren.

Abbildung 4.5.2:1 Besondere Eigenschaften der Stadt Halle

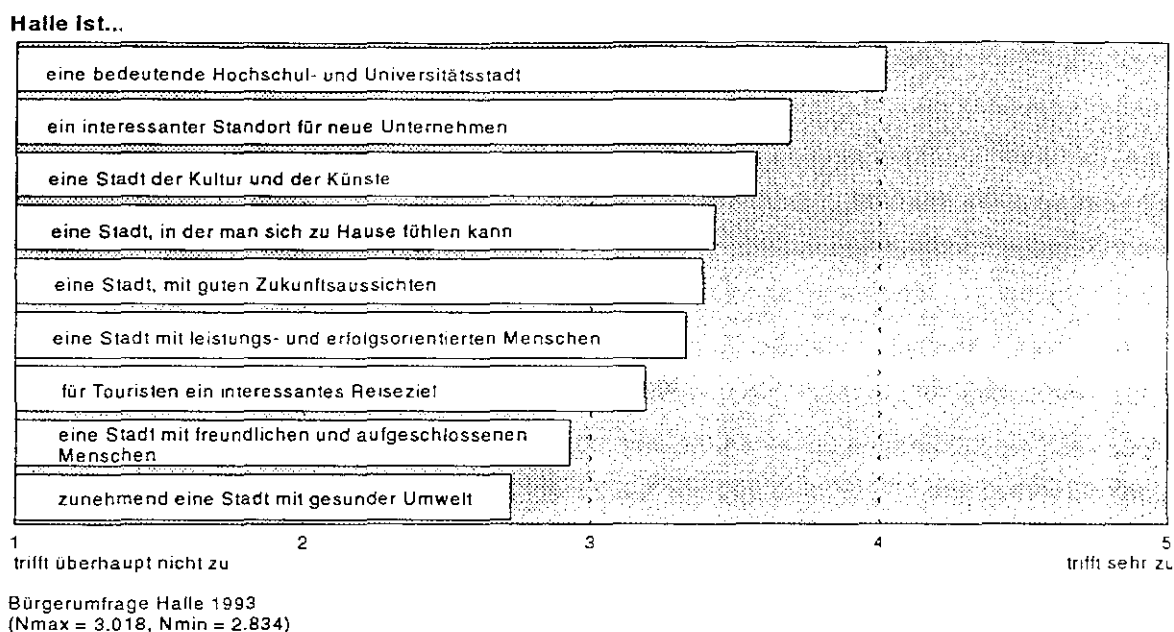
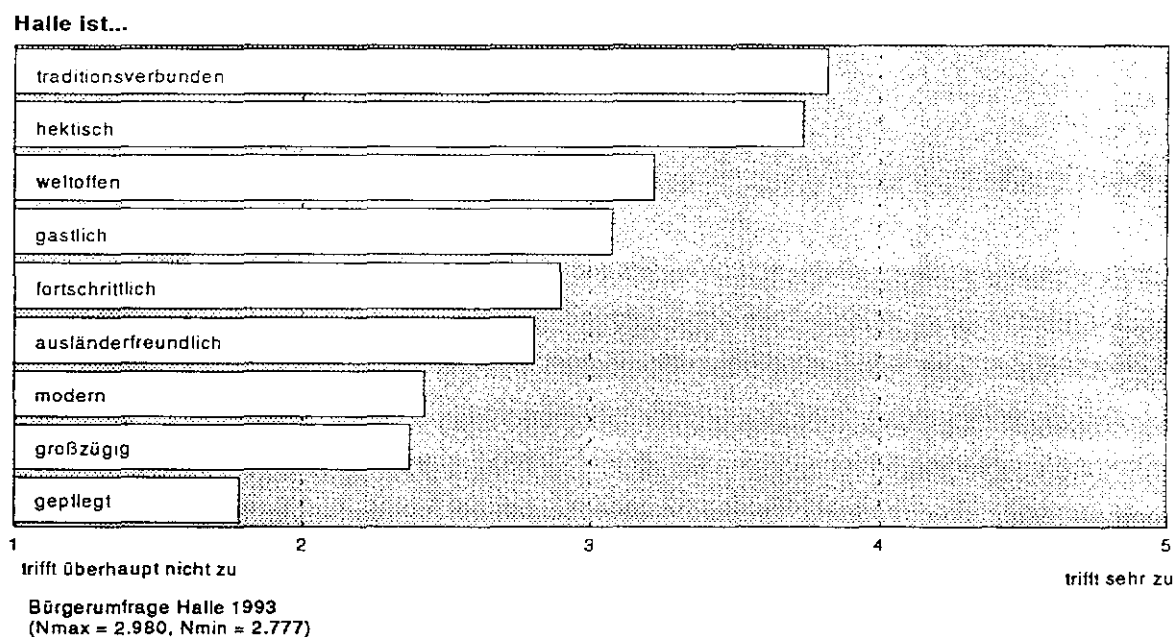


Abbildung 4.5.2:2 Allgemeine Eigenschaften der Stadt Halle



4.5.3 Wo soll man sparen, wo die Ausgaben erhöhen?

Aber die Unordnung und Unsauberkeit zu bekämpfen, kostet Geld - und das ist knapp. Und wo soll dieses knappe Gut eingesetzt werden? Wo soll man einsparen? Wo soll man die Ausgaben erhöhen? Die Hallenser sind eher für Ausgabenexpansion. Von Sparen halten sie wenig. Obwohl wir in unserem Fragebogen darauf hingewiesen haben, daß es sich um ein Nullsummenspiel handelt, war man bei den Sparvorschlägen zurückhaltend. Starke Überein-

stimmung gibt es jedoch, bei der Stadtverwaltung zu sparen, ein Phänomen, daß uns auch bei Bürgerumfragen in den alten Bundesländern begegnet. Auch da hegt man den Verdacht, daß an diesem Ort zuviel finanzielle Mittel verschleudert werden.

Wenn es um Ausgabenerhöhungen geht, führt die Forderung nach sozialem Wohnungsbau die Hitliste an, gefolgt von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die Forderung nach Straßenbau und die Schaffung von Parkmöglichkeiten ist aber eher ein Kennzeichen wachsenden Wohlstandes. Da in den neuen Bundesländern die Ausstattung mit Autos nahezu Westniveau erreicht, ist diese Forderung bei der augenblicklichen Beschaffenheit des Straßennetzes und der fehlenden Parkmöglichkeiten nachvollziehbar. Obwohl gerade in Halle an manchen Tagen "nichts mehr geht" und der Verkehr zu einem ruhenden Verkehr wird, hält man vom Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs vergleichsweise wenig (vgl. hierzu detailliert Mnich 1993: Kap. 2.3).

4.5.4 Vor- und Nachteile der einzelnen Stadtviertel in den Augen ihrer Bewohner

Für die Identifikation mit der Stadt ist das unmittelbare Wohnumfeld neben der Wohnung selbst von besonderer Bedeutung. Um zu ermitteln, wie die Hallenser ihren Stadtteil, in dem sie leben, beurteilen, haben wir ihnen zwei Listen mit jeweils knapp zwanzig Vorgaben vorgelegt. Diese enthielten zum einen positive Aspekte des Stadtteils (z. B. gute Einkaufsmöglichkeiten, zentrale Lage usw.) und zum anderen negative Aspekte (Parkplatzprobleme, zu wenig Kindergartenplätze usw.). Zutreffendes sollte angekreuzt werden. Was in Halle besonders negativ bewertet wird, bekommt anhand der Negativliste immer mehr Kontur: Verkehrsprobleme, mangelnde Sauberkeit, überhaupt Umweltprobleme und mangelnde öffentliche Sicherheit bildet sich als Negativsyndrom immer mehr heraus.

Positiva und Negativa sind über die verschiedenen Stadtviertel unterschiedlich verteilt. In Heide-Nord, in der südlichen Innenstadt, auf der Silberhöhe und in einigen Stadtvierteln im Osten werden überwiegend Nachteile genannt. Sieht man wieder von Heide-Nord/Blumenau ab, zeigt sich wieder unser bekanntes Gefälle. Tendenziell werden die Klagen über Belastungen und Defizite nach Süd-Osten größer.

4.6 Die Wohnungssituation

4.6.1 Ein Ost-West-Vergleich

Die Auswirkungen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Randbedingungen dokumentiert sich in besonderer Weise bei einem Vergleich der Wohnungsverorgung - und dies nicht nur in den verschiedenen hohen Anteilen am Wohnungseigentum (80% im Westen gegenüber 40% im Osten, BFLR, Heft 5/6, 1991: 255; vgl. auch S. 269).

Bauzustand: 51% der Bausubstanz im Osten hat schwerwiegende Schäden oder ist unbrauchbar (S. 257)

Größenstruktur: Im Osten stehen 27 qm pro Person zur Verfügung, im Westen jedoch 37 qm, also 10 qm pro Person mehr. Wohnungen mit 4 Zimmern und mehr gibt es in den neuen Bundesländern mit einem Anteil von 24%, in den alten Bundesländern jedoch mit 41% (S. 267).

Ausstattung: Ähnlich verhält es sich mit der sanitären Ausstattung. Im Osten weisen 76% der Wohnungen ein Innen-WC auf, im Westen jedoch 98% (S. 267).

Die Beispiele lassen sich vermehren. Denken Sie nur an moderne Heizmöglichkeiten, mit denen in den neuen Bundesländern 47% aller Wohnungen und in den alten 73% aller Wohnungen ausgestattet sind (S. 267).

4.6.2 Halle im Vergleich

Halle hat eine gute Ausgangssituation. Betrachtet man das Baualter, so hat es eine vergleichsweise junge Bausubstanz. Lediglich 32% der Wohnungen sind vor dem zweiten Weltkrieg gebaut worden, was mit westdeutschen Zahlen vergleichbar ist (Tab. 4.6.2: 1). Aufgrund dieser Situation nähern sich manche Maßzahlen durchaus dem Westniveau. So verfügen 83% der Wohnungen über ein Innen-WC, also fast 10%-Punkte höher als im Durchschnitt der neuen Bundesländer. 68% der Wohnungen verfügen über eine moderne Heizung. Hier liegt Halle sogar 21%-Punkte über dem östlichen Durchschnitt. Lediglich 25% heizen noch mit dem Kohleofen.

Tabelle: 4.6.2:1 Wann wurde das Haus, in dem Ihre Wohnung liegt, etwa erbaut?

	Halle	Leipzig	Neue BL	Alte BL	Hannover
bis 1919	13.6	45	37	18	15
1919 bis 1948	18.2	19	13	12	16
1949 bis 1971	23.6	18	19	39	48
1972 oder später	42.6	18	31	31	21

Quellen: Bürgerumfrage Halle 1993; Bürgerumfrage Leipzig 1991; BfLR 1991

Damit muß man leider mit den Erfolgsmeldungen aufhören. Schon bei dem Anteil der Wohnungen mit vier und mehr Zimmern liegt man mit etwa 24% der Wohnungen im Durchschnitt.

Erstaunlich ist aber ein anderer Sachverhalt. Wie wir gehört haben wurden lediglich 32% der Wohnungen vor dem zweiten Weltkrieg gebaut, aber über 45% der Befragten meinen, ihre Wohnung sei rekonstruktions- oder abbruchreif (Tab. 4.6.2: 2). Dabei ist folgender Sachverhalt noch gar nicht berücksichtigt: So stehen nämlich allein im Innenstadtbereich etwa 4.500 Wohnungen leer, die zum großen Teil nicht mehr bewohnbar sind. Da der Bürger unsere Erhebungseinheit war, können diese Zahlen gar nicht in unsere Berechnungen eingehen. Der Anteil der rekonstruktions- und abbruchreifen Wohnungen liegt also noch höher als 45%. Offenbar weist ein beträchtlicher Anteil der Nachkriegsbauten schwerwiegende Mängel auf.

Tabelle: 4.6.2:2 Bauzustandsstufen der Wohngebäude in der ehemaligen DDR 1989 in %

Bauzustand	Anteil am Bestand	
	DDR	Halle
I gut erhalten	9.3	17.8
II geringe Schäden	39.7	36.5
III schwerwiegende Schäden	40.0	44.4
IV in der Funktion unbrauchbar	11.0	1.3

Quelle: Vgl. Winkler, G., 1990: Sozialreport '90; Bürgerumfrage Halle 1993

Mit 65 qm liegt auch die durchschnittliche Größe der Wohnungen im Durchschnitt der östlichen Bundesländer. Auch in Halle ist also die Wohnsituation durch Enge gekennzeichnet. Auch sind die Wohnungen tendenziell überbelegt. Generell rechnet man mit einem Zimmer pro Person. Eine Aufteilung der Zahlen nach Zimmerzahl und Haushaltsgröße zeigt (Tab. 4.6.2: 3), daß in Halle gut jede sechste 1-Raum-Wohnung und etwa jede neunte 2-Raum-Wohnung überbelegt ist. Andererseits sind deutlich mehr als 50% der 4 und Mehr-Raum-Wohnungen unterbelegt. Hier ist also noch ein gewisser Schlupf vorhanden, der Entlastung bringen kann, wenn man auch nicht vergessen darf, daß diese Wohnungen zahlenmäßig eine geringe Rolle spielen.

Tabelle 4.6.2:3 Zimmeranzahl und Haushaltsgröße

Anzahl der Zimmer	Personen im Haushalt				
	1	2	3	4	5 u.m.
1 Zimmer	84.6	12.1	2.6	0.7	0.0
2 Zimmer	44.0	44.8	9.1	1.9	0.2
3 Zimmer	9.6	43.5	33.3	12.8	0.8
4 Zimmer	7.6	29.6	26.7	27.8	8.3
5 u.m. Zimmer	4.4	24.8	24.2	28.4	18.2

Geht man von der Haushaltsgröße aus und nicht von der Zahl der Zimmer, so ergibt sich folgendes Bild. Jeder dritte 1-Personen-Haushalt und knapp 3/4 aller 2-Personen-Haushalte verfügen über 3 Zimmer und mehr. Andererseits müssen 50% der 4-Personen-Haushalte mit 3 und weniger Zimmern auskommen (Tab. 4.6.2: 4).

Tabelle 4.6.2:4 Zur Verfügung stehende Zimmer

Haushaltsgröße	Anzahl der Zimmer					Mittelwert
	1	2	3	4	5 u.m.	
1 Person	24.4	43.5	24.0	6.9	1.2	2.17
2 Personen	1.8	23.3	57.1	14.2	3.6	2.94
3 Personen	0.6	7.3	67.1	19.2	5.3	3.22
4 Personen	0.3	2.8	47.1	37.9	11.5	3.58
5 u.m. Personen	0.0	1.1	14.3	51.2	38.4	4.17
Insgesamt						2.98

Im Hinblick auf die Raumanzahl gut versorgt sind verheiratete Mitbürger mit einem Kind. 67% von ihnen bewohnen eine 3-Raum-Wohnung. Dieses Verhältnis wird aber sofort schlechter, wenn 2 oder mehr Kinder im Haushalt leben, so daß verheiratete mit 3 Kindern im Haushalt zu fast 70% Wohnungen haben, in denen mindestens ein Raum fehlt. Andererseits leben 40% der verwitweten Mitbürger in 3 und mehr Räumen allein, bei Geschiedenen sind es 30%.

Bei der Verteilung von Wohnraum spielen auch Schichtmerkmale eine Rolle. Betrachtet man die Qualifikation der Befragten, so schneiden die höher qualifizierten im Durchschnitt besser ab als z. B. die Facharbeiter, besonders dann, wenn sie in größeren Haushalten leben. So haben innerhalb der Facharbeiter knapp 18% der 3-Personen-Haushalte 4 und mehr Zimmer zur Verfügung, während dies bei den Hochqualifizierten für gut 40% gilt. Daß offensichtlich höher Qualifizierte schon zu DDR-Zeiten - im Gegensatz zum selbst gesetzten politischen Ziel der Gleichbehandlung - bei der Wohnungsvergabe bevorzugt wurden, zeigt sich auch darin, daß im Vergleich mit allen anderen Qualifikationsklassen in dieser Gruppe der größte Anteil der 5-Personen-Haushalte mit fünf und mehr Zimmern (47%) versorgt ist.

Beengende Wohnsituation bei stark renovierungsbedürftiger Bausubstanz. Das ist die Situation für viele Bürger der Stadt.

4.7 Migrationsabsichten

Kein Wunder, daß viele Bürger auf Abhilfe sinnen. 35% der Befragten wollen aus ihrer Wohnung ausziehen. Fast jeder zehnte gibt einen Zielort an, der (meist bei einkommensstärkeren Gruppen) außerhalb der Stadt Halle liegt, meist im Saalkreis. Dieser Anteil könnte sich noch erhöhen, weil weitere 10% sich noch nicht im klaren sind, wohin sie ziehen möchten. Der Anteil der umzugswilligen Bürger variiert nach Stadtbezirken. Er ist in Halle-Neustadt und im Bezirk Süd B (Silberhöhe: 38%) am höchsten. Der Wunsch nach einer adäquaten Wohnung steht dabei im Vordergrund. Jeder zweite Umzugswillige äußerte diesen Wunsch, während z.B. ein sicherer Arbeitsplatz nur von jedem vierten als Grund für seinen Umzugswunsch genannt wurde.

Wenn es der Stadt Halle nicht gelingt, die Wohnungssituation entscheidend zu verbessern und/oder die Abwanderungstendenzen zu kompensieren, wird die Bevölkerungszahl weiter schrumpfen. Nun könnte man ja der Meinung sein, es sei nicht weiter tragisch, wenn die Einwohnerzahl deutlich unter 300.000 Einwohner zurückfällt. Zu bedenken ist jedoch, daß damit Einnahmen ausfallen, nicht nur an Einkommensteuer, sondern auch an Transferzahlungen, die sich an Einwohnerzahlen orientieren. Halle stellt die Infrastruktur bereit, die Zahlungen fallen ans Umland.

5. Voraussichtliche Entwicklungstendenzen

Die Daten, vor allem die zur Wohnungssituation und zur Migrationsbereitschaft, legen die Vermutung nahe, daß sich ein Prozeß andeutet, wie er auch in den westdeutschen Städten in der Nachkriegszeit abgelaufen ist. Neben dem Bevölkerungsrückgang in Halle zeichnen sich zumindest drei weitere Prozesse ab:

Erstens ein sogenannter *Suburbanisierungsprozeß*, nämlich ein Transfer von Bevölkerungsgruppen in die Randzonen und in das Umland. Es wird sich hierbei eher um ökonomisch entlastete Familien mit Kindern handeln. Dieser Suburbanisierungsprozeß, der schon jetzt abzusehen ist, vollzieht sich umgekehrt als in den alten Bundesländern. Während dort i.d.R. zuerst die Bevölke-

rung in das Weichbild der Städte auswanderte und Handel (auch Gewerbe) folgte, haben sich hier schon in den Randbereichen der Städte Handel und Gewerbe in starkem Maße etabliert. Nun erst folgt, wenn auch teilweise mit Macht, der Wohnungsbau. Der Ausbau der erforderlichen Infrastruktur (Straßen, ÖPNV) bleibt weitgehend auf der Strecke.

Zweitens ein *Segregationsprozeß*. Es wird eine weitere Entmischung nach Schicht- und Altersmerkmalen erfolgen. Wie wir gesehen haben, existierte auch nach über vierzig Jahren Sozialismus noch eine Entmischung nach Schichtmerkmalen. Dieser Sachverhalt wird sich verstärken.

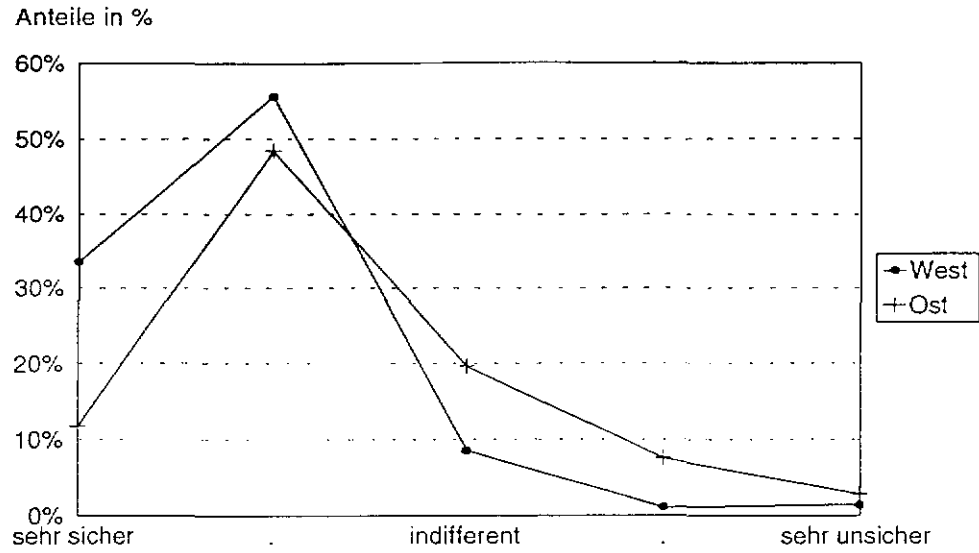
Drittens wird im Prozeß der Segregation etwas passieren, das man mit dem Begriff der *Gentrifikation* bezeichnet. Darunter versteht man die Aufwertung innenstadtnaher Wohngebiete. Über Preisbildungsprozesse werden einkommensschwache Bevölkerungsgruppen verdrängt. Einkommensstarke, aufwärtsmobile Gruppen, meist jugendliche Singles, sogenannte Yuppies (young-urban-professionals) oder auch junge kinderlose Paare, sogenannte Dinkies (double-income-no-kids) rücken in den Kernbereich ein.

6. Ausblick: Nachvollzug westdeutscher Entwicklungen im Zeitraffer

Lassen Sie mich abschließend noch auf einen erstaunlichen Sachverhalt hinweisen. Bei allen dingfest zu machenden unterschiedlichen Lebensbedingungen in Ost und West (Arbeitslosigkeit, Umweltbelastungen, Einkommensverhältnisse), ergibt sich eine erstaunliche Koinzidenz der Einschätzungen. Das gilt für die Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit (Abb. 6: 1), für die Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung (Abb. 6: 2) wie mit den Umweltbedingungen (Abb. 6: 3).

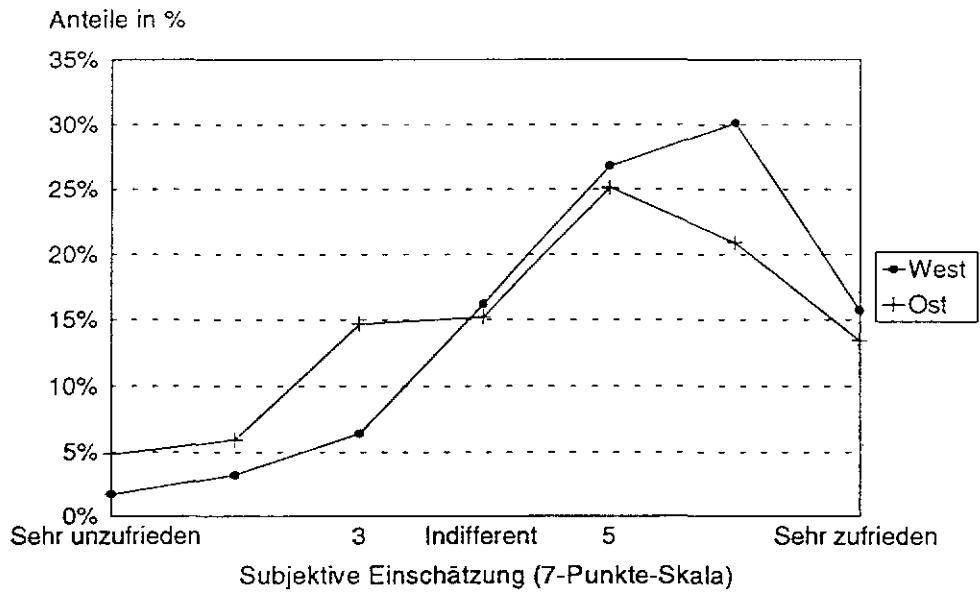
Darin bekundet sich meiner Meinung nach zweierlei. Einmal eine Moral, die besser ist als sie in den Medien dokumentiert wird, und ferner der Sachverhalt, daß subjektives Wohlbefinden nicht unmittelbar mit der materiellen Ausstattung variiert. Man kann es vielleicht zusammenfassend auch so formulieren, daß es in den neuen Bundesländern eine insgesamt optimistische Einstellung gegenüber den Wandlungsprozessen gibt - zumindest ist sie optimistischer als man es nach den Berichten in den Medien erwarten kann.

Abbildung 6:1 Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes - Vergleich Ost-West



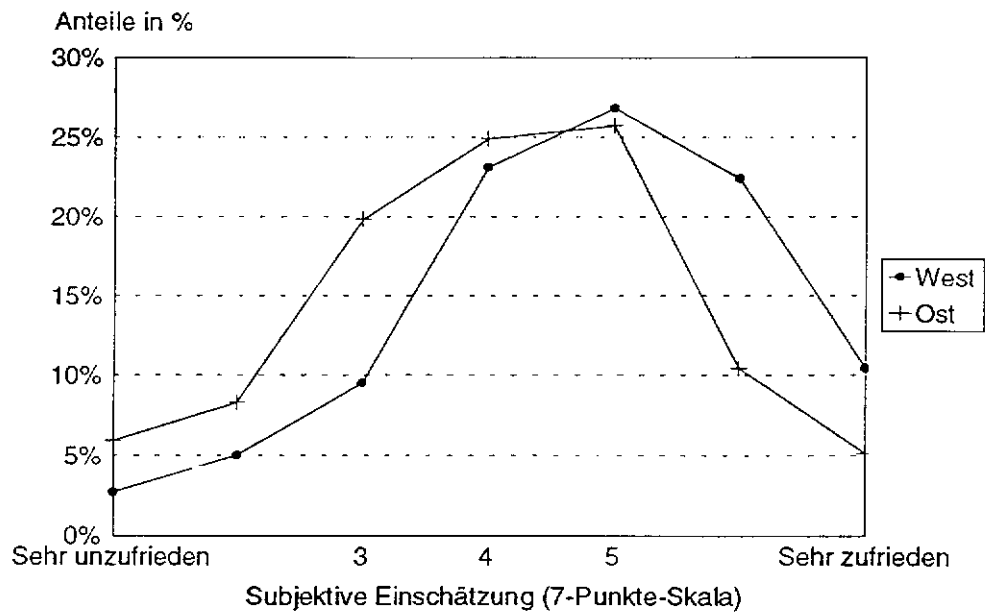
Quelle: vgl. Fußnote 9

Abbildung 6:2 Zufriedenheit mit der unmittelbaren Wohnumgebung - Vergleich Ost-West



Quelle: vgl. Fußnote 9

Abbildung 6:3 Zufriedenheit mit Umweltbedingungen der Wohnumgebung - Vergleich Ost-West



Quelle: vgl. Fußnote 9

Literatur

Bolz, Lothar, 1951: Von Deutschem Bauen. Reden und Aufsätze. Berlin/Ost

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), 1984: Handbuch DDR-Wirtschaft. Berlin

Gerlach, Helga/Malik, Reinhard/Osenberg, Hanno/Schwandt, Alfred, 1991: Erste Regionalinformationen zur Wohnungsversorgung im vereinten Deutschland. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 5/6 1991, S. 253-276

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.), 1993: Aktuelle Daten vom Arbeitsmarkt. Stand Oktober 1993. IAB-Werkstattbericht, Nr. 1.10/15.10.1993

Mnich, Eva, 1993: Bürgerumfrage Halle 1993. Der Hallesche Graureiher 93-1. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Sahner, Heinz, 1994: Regionalentwicklung: Kultur als Standortfaktor. Halle und sein Umland - unterschätzte Möglichkeiten. Der Hallesche Graureiher 94-2. Forschungsberichte des Instituts für Soziologie. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Schätzke, Andreas, 1991: Zwischen Bauhaus und Stalinallee. Architekturdiskussion im östlichen Deutschland 1945-1955. Bauwelt Fundamente, 95.

Sege, Martin/Wastl-Walter, Doris, 1991: Die sozialistische Stadt in Mitteleuropa. Der Modelfall Halle a.d. Saale. Zustand und Struktur am Ende einer Epoche. Geogr. Rdsch.. 43 (1991), H. 10, S. 570-579.

Topfstedt, Thomas, 1988: Städtebau in der DDR 1955-1971. VEB Seemann (Seemann-Beiträge zur Kunstwissenschaft). Leipzig